Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3724

07. 02. 96

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/3601 –

Jahreswirtschaftsbericht 1996 der Bundesregierung
„Vorrang für Beschäftigung“

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine Regierung, die sich im Jahreswirtschaftsbericht nach 13 Jahren Regierungstätigkeit selbst bescheinigt, daß in Deutschland gegenwärtig über fünf Millionen Arbeitsplätze fehlen, der Spielraum für private Leistung durch die drückende Steuer- und Abgabenlast, die hohe Staatsquote sowie vielfältige bürokratische Hemmnisse eingeengt wird und eine durchgreifende Verbesserung der Produktions- und Investitionsbedingungen fordert, leistet den politischen Offenbarungseid.

Das von der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Jahreswirtschaftsbericht vorgelegte „Aktionsprogramm für Innovation und Arbeitsplätze" ist unzureichend. Es gefährdet die Bemühungen für ein wirksames „Bündnis für Arbeit" sowie das Ziel, die Arbeitslosenzahl bis zum Jahre 2000 zu halbieren. Es belastet durch die in ihm enthaltenen Sozialkürzungen die Geschäftsgrundlage des „Bündnisses für Arbeit", den Verzicht auf weitere Sozialkürzungen. Die Bundesregierung selbst stellt seine Wirksamkeit in Frage, da sie im Jahreswirtschaftsbericht gleichwohl einen Anstieg der Arbeitslosenzahl um 250 000 bis 300 000 prognostiziert.

II. Das „Bündnis für Arbeit" ist eine historische Chance für unser Land. Der Deutsche Bundestag warnt davor, diese Chance durch ein in weiten Teilen propagandistisches Programm, das zudem die Bedingungen für ein „Bündnis für Arbeit" verletzt, aufs Spiel zu setzen. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die Bundesregierung die nachfolgenden konkreten Vorschläge umgehend, und zwar noch vor den am 24. März 1996 anstehenden Landtags- bzw. Kommunalwahlen, aufgreift und um-

setzt und so die Ernsthaftigkeit ihrer Vorschläge zum Ausdruck bringt.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. insbesondere folgende Punkte im Rahmen eines Aktionsprogramms unverzüglich in Angriff zu nehmen:

   - die Senkung der Lohnnebenkosten zum 1. Juli 1996 im Rahmen einer ökologischen Steuerreform, die zugleich marktwirtschaftliche Anreize schafft für neue Technologien bei Umweltschutz und Energieeinsparung;
   - eine Offensive, die zu einer Stärkung von Forschung, Bildung und Wissenschaft führt;
   - eine Investitionsoffensive, die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und zu einer schnelleren Verwirklichung von Investitionen in Zukunftsbereiche schafft;
   - eine beschäftigungsorientierte Arbeitsmarktpolitik mit einem Aktionsprogramm gegen Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit;
   - eine Mittelstands- und Existenzgründungsinitiative, die die Rahmenbedingungen dafür schafft, daß es in Deutschland zu mehr Existenzgründungen kommt und Mittelstand und Handwerk gestärkt werden;
   - eine Lehrstellen- und Qualifizierungsoffensive, durch die jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält;
   - die Entlastung der ostdeutschen Kommunen von den DDR-Altschulden;
   - die Konzentration und Verstetigung der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland auf Infrastruktur, Industrie und industrienahe Dienstleistungen;
   - eine Abstimmung der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik, die zu einer Stabilisierung der Wechselkurse und zu niedrigeren Realzinsen führt und somit die notwendigen Rahmenbedingungen für einen Beschäftigungspakt schafft;

2. die Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und dem Bundessozialhilfegesetz nicht zu verschlechtern und die entsprechenden Gesetzentwürfe definitiv zurückzuziehen.

Bonn, den 7. Februar 1996

Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333